
FDP Hanau

SICHERHEIT IN HANAU BRAUCHT EIGENVERANTWORTUNG UND ZIVILCOURAGE

21.09.2026

Viele Bürger Hanaus fühlen sich im öffentlichen Raum nicht sicher – zuletzt beschäftigte das Thema auch einige Ortsbeiräte, teilweise mit großer Bürgerbeteiligung. Doch was sagt eigentlich die Praxis? Wie sind die konkreten Fallzahlen, was plant die Stadt für die Zukunft und wie können wir als Hanauer Bürger unser Sicherheitsgefühl aktiv verbessern? Mit diesen Fragen im Gepäck traf sich eine Delegation der Hanauer FDP mit Thorsten Wünschmann, Leiter des Ordnungsamtes der Stadt Hanau – und erfuhr Erstaunliches.

„Hanau ist im Vergleich zu Städten ähnlicher Prägung eine sichere Stadt“, betont Thorsten Wünschmann. „Das bedeutet, aber ausdrücklich nicht, dass die Wahrnehmungen der Menschen falsch oder die Sorgen unbegründet wären, und wir nehmen diese auch sehr ernst. Bei dem, was die Menschen im städtischen Raum als störend wahrnehmen, handelt es sich aber oft eher um ein sozial inadäquates Verhalten unterhalb der Grenze zur Ordnungswidrigkeit oder gar zur Straftat geht. Aber genau das belastet eben auch.“

Aber auch wiederkehrende Ordnungswidrigkeiten beeinflussen nachhaltig das subjektive Sicherheitsempfinden.“ Beispiele hierfür seien das unerlaubte Abladen von Müll, Ruhestörung, Belästigung, Auto-Poser, Verschmutzung, Vandalismus und unberechtigt abgestellte Fahrzeuge. Diese Themen seien oft Teil des öffentlichen Diskurses und stellen eine wichtige Aufgabe an die Behörden, so Wünschmann.

Waffenverbotszone und Videoschutz wirken

Ein Blick in die aktuelle Kriminalstatistik, erhoben vom Polizeipräsidium Südosthessen im vergangenen Jahr, zeichnet ein differenziertes Bild: Demnach wurden in Hanau in dieser Zeit 7.043 Straftaten registriert. Das waren 3,8 Prozent mehr als im Vorjahr. Gleichzeitig

sank die Straßenkriminalität um 5,3 Prozent. Letzteres mutet erst einmal kurios an, steht in Hanau aber in engem Zusammenhang mit dem, was Thorsten Wünschmann „Bausteine städtebaulicher Kriminalprävention“ nennt: Gemeint sind hier das Videoschutzkonzept, die Waffenverbotszone und die Poller, die die Innenstadt zu bestimmten Zeiten vor unbefugtem Kfz-Zutritt schützen.

„Mit der Waffenverbotszone und dem Videoschutz haben wir in Hanau konkrete Verbesserungsinstrumente für die Innenstadt geschaffen, die sich auch in sinkenden Fallzahlen bemerkbar machen“, erläutert Wünschmann auf die Frage von FDP-Schatzmeister und Innenstadt-Bürger Michael Truckenbrodt nach konkreten Erfolgszahlen. Demnach wurden 2025 16 Verstöße gegen die Waffenverbotszone festgestellt. Die Zahl der Messerangriffe im öffentlichen Raum sank von 2024 auf 2025 um 22 Prozent auf sieben Fälle.

Auch der Videoschutz liefert konkrete Ergebnisse: Im Jahr 2025 wurden 42 Fälle erfasst, bei denen die Aufnahmen strafrechtlich relevante Sachverhalte dokumentierten oder wesentlich zur Täteridentifizierung beitrugen. Wegen der guten Erfahrungen beim Videoschutz sind weitere Verdichtungen geplant, beispielsweise am Schlosspark/CPH, in Lang- und Fahrstraße sowie am Hanauer Hauptbahnhof. Ziel ist es dabei, Prävention dort zu stärken, wo sie wirkt und notwendig ist.

SICHERHEIT IN DEN STADTTEILEN - MASSNAHMEN NACH TATSÄCHLICHEM BEDARF

„Welche zusätzlichen Sicherheitsmaßnahmen planen Sie für die Stadtteile?“, fragte Dr. Thomas Göbel, Mitglied des Ortsbeirats Großauheim/Wolfgang. „In den Stadtteilen gibt es aktuell keinen Bedarf, der diese kostspieligen Maßnahmen rechtfertigt“, sagt Wünschmann, der zuletzt auch im Ortsbeirat Großauheim/Wolfgang zu Gast war, um u. a. zur Schließung der Polizeistation im Stadtteil Stellung zu nehmen. Die Neuorganisation bedeute nach seiner Einschätzung nicht weniger Sicherheit. Im Gegenteil: Polizeikräfte, die zuvor räumlich an die Station gebunden waren, könnten nun mobiler eingesetzt werden und Einsatzorte im Stadtgebiet flexibler anfahren. Für Wünschmann ist es wichtig, dass eine stetige Kommunikation stattfindet und man die Chance bekommt zu reagieren, bevor sich negative Situationen verfestigt haben. Viele Menschen würde sich aber scheuen, sich frühzeitig an die Behörden zu wenden.

Sicherheit braucht mehr Eigenverantwortung und Zivilcourage

Um langfristig Verbesserungen zu erzielen, sei es ungemein wichtig, dass Bürgerinnen und Bürger, die einen Fall erleben, diesen auch zur Anzeige bringen. „Nur wenn Fälle dokumentiert werden, entstehen Fallzahlen und damit auch Handlungsgrundlagen für Polizei und Ordnungsbehörden“, sagt Thorsten Wünschmann.

„Was können wir als Bürger konkret tun, damit wir uns in Hanau wieder sicherer fühlen?“, fragte Dr. Michael Heinrich vom Ortsbeirat Mittelbuchen abschließend. Die Antwort ist überraschend liberal: „Freiheit und Sicherheit funktionieren nur mit Eigenverantwortung. Die Stadt muss Regeln durchsetzen. Ein gutes Miteinander können wir aber nur gemeinsam schaffen und das geht, indem wir aufeinander achten und eigenverantwortlich mit uns und unseren Mitmenschen umgehen. Zivilcourage ist auch, wenn ich mein Handy in die Hand nehme und die Ordnungsbehörden informiere, wenn mir etwas im städtischen Raum auffällt oder mich stört – das hilft viel mehr, als wenn ich mich auf Social Media darüber aufrege, wie schlecht alles ist.“

Die FDP Hanau unterstützt diesen Optimismus: aktiv zu werden, mitzugestalten und zuzuhören. Denn Sicherheit ist nicht nur die Abwesenheit von Gefahr, sondern ein kollektives Gefühl, das gestaltet werden muss. Und das geht nicht über „mehr Behörde“, sondern über „mehr Bürger“.